

**Niederschrift  
Nr. 3**

**über die öffentliche Sitzung des Stadtrates  
am 24.02.2015 von 17:00 bis 18:32 Uhr**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

**Beschluss  
Nr. 8**

**Konzessionsverfahren Strom;  
Beratung und Beschlussfassung insbesondere der Auswahlkriterien und weiteres**

**Beschluss:**

1. Nach kurzer Beratung beschließt der Stadtrat mit 19 : 0 Stimmen:  
Im Verfahren zur Auswahl des Energieversorgungsunternehmens, mit dem ein Wegenutzungsvertrag im Sinne des § 46 Abs. 2 EnWG für das Elektrizitätsversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung (sog. Stromkonzessionsvertrag) im Stadtgebiet Füssen geschlossen werden soll, werden die aufgeführten **Mindestanforderungen** und **Auswahlkriterien** mit der angegebenen **Gewichtung** unter Buchstabe D des Verfahrensbriefes sowie die beschriebene **Systematik** zur Auswertung der Angebote festgelegt.
2. Die Verwaltung wird mit 19 : 0 Stimmen beauftragt, das Verfahren auf der Grundlage der vorgenannten Beschlüsse fortzuführen.
3. Die Verwaltung wird mit 19 : 0 Stimmen beauftragt, nach Abschluss der Verhandlungen mit den Bewerbern und nach Vorliegen verbindlicher Angebote als Grundlage für die Vorberatung im HFP-Ausschuss sowie Beratung im Stadtrat einen Entwurf für eine Auswertung der Angebote und eine Beschlussempfehlung vorzulegen.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen	19
Nein-Stimmen	0

**Vormerkung**

**Bekanntgabe vorläufiges Jahresergebnis 2014 (Art. 102 GO)**

**Sachverhalt:**

**Beratungsgegenstand:**

**Vollzug des Art. 102 der Gemeindeordnung  
(GO);**

**Bekanntgabe vorläufiges Ergebnis Jahresrechnung  
2014**

**Sachverhalt:**

Gemäß Art. 102 der Gemeindeordnung ist das Ergebnis der Rechnungslegung im abgelaufenen Jahr dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.

Im Rahmen des Haushaltsvollzuges 2014 ergaben sich gegenüber dem Planansatz folgende vorläufige Ergebnisse:

	Ansatz	Ergebnis	Unterschied
<b>Verwaltungshaushalt</b>	<b>26.174.800</b>	<b>27.764.970</b>	<b>1.590.170</b>

Entwicklung der Einnahmearten (nach Gruppierungen) im Vergleich zur Haushaltsplanung

Bezeichnung	Ansatz	Rechnungs- ergebnis	Unterschied
Steuern, allgemeine Zuweisungen	19.100.500	20.463.028	1.362.528
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	6.166.450	6.164.953	-1.497
sonstige Finanzeinnahmen	907.850	1.136.989	229.139
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>26.174.800</b>	<b>27.764.970</b>	<b>1.590.170</b>

**Steuern, Zuweisungen, Umlagen:**

	Ansatz	Rechnungs- ergebnis	Unterschied
Grundsteuer B	2.800.000	2.748.963	-51.037
Einkommensteuerbeteiligung	6.085.000	6.311.588	226.588
Schlüsselzuweisungen	3.167.500	3.167.488	-12
Gewerbsteuer brutto	4.700.000	5.762.712	1.062.712
Gewerbsteuerumlage	900.800	1.115.602	214.802
Gewerbsteuer netto	3.799.200	4.647.110	847.910
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	530.000	528.998	-1.002
sonstige Steuern und Zuweisungen	1.818.000	1.943.279	125.279
Solidarumlage	0	0	0
Kreisumlage	5.868.700	5.807.584	-61.116
<b>Nettosteueraufkommen</b>	<b>12.331.000</b>	<b>13.539.842</b>	<b>1.208.842</b>

Die Entwicklung der Ausgabearten (nach Gruppierungen) im Vergleich zur Haushaltsplanung:

Bezeichnung	Ansatz	Rechnungs- ergebnis	Unterschied
Personalausgaben	7.472.350	7.263.507	208.843
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	6.457.750	6.442.040	15.710
Zuweisungen und Zuschüsse	2.820.950	3.503.241	-682.291
sonstige Finanzausgaben	9.423.750	10.556.182	-1.132.432
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>26.174.800</b>	<b>27.764.970</b>	<b>-1.590.170</b>

Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts erhöhten sich im Vergleich zum Haushaltsansatz um  
ca. 1.590.170 €

Die geringeren Personalausgaben gegenüber dem Planansatz in Höhe von ca.  
209.000 €

entstanden im Wesentlichen durch Einsparungen mit betriebsbedingten  
Maßnahmen.

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen entstanden im Bereich Kinderbetreuung  
(Kindergärten)

wesentlich höhere Kosten als  
geplant.

Die geringeren Ausgaben beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand  
hängen

überwiegend mit Einsparungen beim Gebäudeunterhalt  
zusammen.

Aufgrund der höheren Steuereinnahmen und den Einsparungen im Haushaltsvollzug  
ist eine wesentlich höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt  
möglich

In der Gesamtbetrachtung sind die Budgets eingehalten worden, sodass anstelle der  
geplanten Zuführung an den Vermögenshaushalt von 1.326.750 € im Ergebnis ein  
Zuführung

in Höhe von ca. 2,2 Mio € möglich sein wird.

	Ansatz	Ergebnis	Unterschied
<b>Vermögenshaushalt</b>	<b>4.472.750</b>	<b>5.424.270</b>	<b>951.520</b>

Der haushaltsrechtlich genehmigte Kredit in Höhe von 900.000 € wurde nicht benötigt.  
Dadurch ist im Haushaltsjahr 2014 keine Neuverschuldung zu verzeichnen.  
Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt beträgt voraussichtlich 2,2 Mio €.  
Die Rücklagenzuführung war mit 87.600 € geplant und beträgt im Rechnungsergebnis voraussichtlich ca. 860.000 €.  
Die Gesamtrücklage zum Ende des Jahres 2014 wird voraussichtlich ca. 950.000 € betragen.  
Die Zuführung an den Vermögenshaushalt gem. § 22 KommHV wurde im Rechnungsergebnis erreicht. Der Haushalt ist ohne Fehlbetrag ausgeglichen.

Das vorläufige Ergebnis der Haushaltsrechnung 2014 der Stadt Füssen nach Art. 102 GO ist dem Stadtrat ohne Beschlussfassung bekannt zu geben.

### **Beschluss Nr. 9**

#### **Mobilfunk, Alternativstandort für Eschach**

##### **Beschluss:**

Nach weiterer eingehender Beratung beschließt der Stadtrat mit 20 : 0 Stimmen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Infoveranstaltung zu organisieren.

Stadträtin Lax bittet im Bauausschuss eine Ortsbesichtigung der Standorte zu machen.

Stadtrat Zettlmeier ist der Ansicht, dies könne jeder selbst machen.

Es wird nochmals das Bild mit dem Standort Fischerbichl gezeigt.

##### **Abstimmung:**

Ja-Stimmen	20
Nein-Stimmen	0

### **Beschluss Nr. 10**

#### **Städtisches Anwesen Augsburgener Straße 15; Treppenraumabschluss Türen im Altbau; Beratung und Beschlussfassung**

##### **Sachverhalt:**

##### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mit 20 : 0 Stimmen die Kosten für die Variante 4 (Erster Bürgermeister Iacob) festzustellen und Vorschläge vorzulegen. Frau Babel wird beauftragt mit dem Arzt zu sprechen.

Der Bauausschuss bzw. HFP-Ausschuss werden ermächtigt dies zu beschließen.

##### **Abstimmung:**

Ja-Stimmen	20
Nein-Stimmen	0

**Beschluss  
Nr. 11**

**Vollzug der Geschäftsordnung  
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2014**

**Sachverhalt:**

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2014

**Beschluss:**

Der Stadtrat genehmigt mit 20 : 0 Stimmen die Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2014.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen	20
Nein-Stimmen	0

**Beschluss  
Nr. 12**

**Vollzug der Geschäftsordnung ;  
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.01.2015**

**Sachverhalt:**

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.01.2015.

**Beschluss:**

Der Stadtrat genehmigt mit 20 : 0 Stimmen die Niederschrift über die Sitzung vom 13.01.2015.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen	20
Nein-Stimmen	0

**Vormerkung**

**Anträge, Anfragen**

**Sachverhalt:**

**Stellplatzsatzung**

Zweiter Bürgermeister Schulte spricht die Diskussion Bahnhof an, bei der die Stellplatzsatzung angesprochen wurde und dass durch die Tiefgaragenplätze die erforderlichen Stellplätze erbracht sind. Er bittet dies etwas klarer zu definieren.

**Satzung zur Gestaltung baulicher Anlagen**

Zweiter Bürgermeister Schulte spricht ebenfalls die Satzung zur Gestaltung baulicher Anlagen an. Die stimme nicht mit den Vorgaben des Baugesetzbuches überein.

## **Arbeitskreise**

Zweiter Bürgermeister Schulte bittet künftig auch bei Arbeitskreisen Protokoll zu führen.

## **Venetianerwinkel**

Zweiter Bürgermeister Schulte erklärt, dass es für Rettungskräfte sehr schwierig sei, sich im Venetianerwinkel zurechtzufinden. Vielleicht könnte dies am Anfang des Gebietes angezeigt werden.

## **Tiefgarage Sparkasse**

Zweiter Bürgermeister Schulte führt aus, dass sich abzeichne, dass bei der Sanierung noch mehr herauskomme als erwartet. Er bittet die Verwaltung nachzufragen, wie lange es noch dauert und ggfl. die Pendler und Geschäftsleute zu informieren.

## **Arbeitsgruppen/Arbeitskreise**

Stadtrat Dr. Beyer bittet bei Arbeitsgruppensitzungen den Vorsitz aus der Verwaltung zu stellen. Es mache keinen Sinn, wenn dies ein parteiangehöriger tue. Er schlägt Herrn Rist vor.

Hauptamtsleiter Rist erklärt, beim Bahnhof war es der Fraktionsbeirat, der vom Ersten Bürgermeister zu leiten ist.

Stadträtin Lax ergänzt, dass sich der Fraktionsbeirat damit beschäftigen solle, wie die Arbeitsgruppe aussieht und wie verfahren wird.

## **DAK**

Dritter Bürgermeister Ullrich führt aus, dass die DAK ihre Zweigstelle in Füssen schließen möchte, bzw. geschlossen habe. Für ältere Versicherungsnehmer sei es schwierig nach Kaufbeuren zu kommen. Vielleicht könnte einmal die Woche in Füssen eine Sprechstunde stattfinden.

Iacob  
Erster Bürgermeister

Rist  
Protokollführer